



iran-report

Nr. 05/2004

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Chatami bildet im letzten Jahr seiner Amtszeit Kabinett um / Scharfe
Attacken des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit gegen Revolu-
tionsführer Chamenei / Justizchef Scharudi verbietet Folter bei Verhö-
ren / Todesurteil gegen Reformler bestätigt / Journalist Siamak Purzand
auf Intensivstation / UN-Kommission: Lage der Menschenrechte in Iran
nicht auf der Tagesordnung / Chatami zog zwei Gesetzesvorlagen zurück /
Maidemonstration vor dem Parlament / Deutsches Rotes Kreuz baut mit an-
deren Organisationen ein orthopädisches Zentrum in Bam / Frauen pro-
testieren gegen das Fernsehen

II. Wirtschaft

Weltbank gewährt Iran neuen Kredit / Total-Konzern soll Erdgasfeld
South Pars in Iran erschließen / Großbritannien verkauft Rüstungsgüter
an Iran / Verhandlungen zwischen Iran und Ägypten / Singapur zögert, in
Iran zu investieren / Speiseöl-Produzenten vor dem Aus / Daten über
Auslandsinvestitionen in Iran schöngefärbt

III. Außenpolitik

Iran als Vermittler im Irakkonflikt / USA bezeichnen Iran abermals als
„aktivsten Unterstützerstaat des internationalen Terrorismus“ / Irans
Atomprogramm soll auf G8-Gipfel im Juni diskutiert werden / Mykonos-
Gedenktafel trübt deutsch-iranische Beziehungen / Deutsche Fußball-
Nationalelf spielt am 9. Oktober in Iran - Erlöse für Erdbebenopfer /
Verein der Opfer von Massenvernichtungswaffen veröffentlicht eine
„Schwarze Liste“ / Tagung der Parlamentarier irakischer Nachbarstaaten



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 06/2004 Anfang Juni) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Mai 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Chatami bildet im letzten Jahr seiner Amtszeit Kabinett um

Nachdem die Konservativen durch massive Manipulationen die absolute Mehrheit im Parlament errungen hatten, stellte sich die Frage, welche Konsequenzen Staatspräsident Mohammad Chatami aus der neuen Situation ziehen wird. Die Vermutung, er werde zurücktreten, erwies sich als unzutreffend. Chatami erklärte, er werde, falls man ihn nicht zuvor „hinauswerfen“ würde, sein Amt bis zur vorgegebenen Frist im Juni nächsten Jahres weiterführen und bis dahin versuchen, mit dem neuen Parlament zu kooperieren.

Diese erklärte Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde zwar nicht so gedeutet, dass Chatami nun einen grundsätzlichen Kurswechsel seiner Regierung vornehmen würde. Doch politische Beobachter in Teheran gingen davon aus, dass er wie üblich Konflikten aus dem Weg gehen und sich den Wünschen des neuen Parlaments, das sich im Mai konstituieren wird, nachgeben und zumindest eine Kabinettsumbildung vornehmen würde. Demzufolge wurde am meisten mit einem Wechsel im Innen- und Erziehungsministerium gerechnet. Denn beide Minister, insbesondere Innenminister Mussavi Lari, hatten sich in der Auseinandersetzung mit den Konservativen am weitesten nach vorn gewagt.

Chatami setzte endlich den wochenlangen Spekulationen ein Ende und verkündete, er habe dem noch amtierenden Parlament einen neuen Finanz- und Wirtschaftsminister sowie einen neuen Arbeitsminister vorgeschlagen. Die Entscheidung kam überraschend, denn vor allem der bisherige Wirtschafts- und Finanzminister Tammaseb Mazaheri gehörte zu jenen Kabinettsmitgliedern, die eher den Konservativen nahe standen. Chatami begründete den Wechsel mit inzwischen unüberbrückbaren Differenzen zwischen Mazaheri und dem Leiter der Planungsorganisation, Mohammad Sattarifar. Diese Differenzen hätten über längere Zeit die Wirtschaftspolitik stark beeinträchtigt und die Durchführung notwendiger Projekte verhindert. Chatami verkündete, dass auch Sattarifar auf eigenen Wunsch zurücktreten werde.

Erstaunen erregte auch, dass die vorgeschlagenen Nachfolger der beiden Minister, der frühere Arbeitsminister Safdar Hussein für das Wirtschafts- und Finanzministerium und Nasser Khaledghi für das Arbeitsministerium, zu den Mitgliedern der Moscharekat-Partei, der größten Partei der Reformer zählen.

Der Wechsel, den Chatami im Bereich Arbeit und Wirtschaft und nicht wie erwartet, im Bereich Politik und Kultur vorgenommen hat, kann kaum als Kurswechsel der Regierung interpretiert werden. Die Ziele der Wirtschaftspolitik des Landes, die sowohl die Reformer als auch die Konservativen zwangsläufig anstreben müssen, sind durch Sachzwänge festgelegt: Privatisierung, Öffnung der Grenzen des Landes für ausländische Investitionen und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Selbst im Bereich der Außenpolitik gibt es mittlerweile zwischen den Reformern und den moderaten Konservativen kaum noch Differenzen. Beide Fraktionen streben eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA an, plädieren für eine enge Zusammenarbeit mit der EU, mit den Golfstaaten, sowie mit Japan, China und Russland. Die eigentlichen Konflikte liegen in der Innen- und Kulturpolitik. Dass Chatami diese Konflikte ignoriert und die zuständigen Minister behalten hat, wurde auf Seiten der Konservativen als Provokation empfunden.

Die Frage ist nun, wie die Konservativen auf diese Provokation reagieren werden. Werden sie Chatami unter Druck setzen, damit er noch vor der Konstituierung des neuen Parlaments eine weitere Umbildung seines Kabinetts vornimmt oder werden sie, sobald das neue Parlament seine Arbeit aufgenommen hat, Misstrauensanträge gegen einige Minister stellen?

Wie die Tageszeitung Schargh berichtet, scheinen sich die Konservativen über die künftige Strategie noch nicht im Klaren zu sein. Allaeddin Borudjerdi, Mitglied der Fraktion der Konservativen, reagierte auf die Kabinettsumbildung mit den Worten: „Wir müssen noch abwarten. Unsere Erwartungen sind nicht erfüllt worden und wir bezweifeln, dass die vorgenommene Kabinettsumbildung der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Parlament förderlich sein wird. Schon die Tatsache, dass die Kabinettsumbildung ohne Rück-

sicht auf die Wünsche des künftigen Parlaments vorgenommen wurde, ist negativ.“ Man müsse den Staatspräsidenten fragen, warum er statt jene Minister auszutauschen, über die Unzufriedenheit herrscht, gerade jene austauscht habe, gegen die man kaum etwas einzuwenden hatte, sagte Borudjerdi.

Hassan Saidabadi, ein anderes Mitglied der Fraktion der Konservativen, äußerte sich noch deutlicher. „Die politische Entscheidung wird für den Staatspräsidenten keine positiven Folgen haben“, sagte er. Auch sein Fraktionskollege, Mohammad Schahi Arablu, meinte, die Entscheidung des Staatspräsidenten missachte den Willen der Wähler, die das neue Parlament gewählt haben.

Die beiden neuen Minister wurden am 25. April von der Mehrheit des Parlaments bestätigt und vereidigt.

Scharfe Attacken des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit gegen Revolutionsführer Chamenei

Der Verein zur Verteidigung der Pressefreiheit hat in einem offenen Brief Revolutionsführer Ali Chamenei ungewöhnlich scharf attackiert. „Sie haben auf unser Schreiben vor zwei Jahren, in dem wir fünf Forderungen bezüglich der Pressefreiheit aufgestellt hatten, nicht reagiert“, heißt es in dem Brief. „Stattdessen wurde die Missachtung gegen die in der Verfassung und in der Internationalen Konvention der Menschenrechte verankerte Freiheit der Presse fortgesetzt.“

Anlass zu diesem neuen Schreiben liefere der Umstand, dass der Revolutionsführer das neue Jahr (gemeint ist das persische Jahr, das am 20. März begonnen hat) zum „Jahr der Verantwortung“ erklärt habe, was so zu verstehen sei, dass jeder Verantwortliche dem Volk gegenüber Rede und Antwort stehen müsse, schreibt der Verein und fährt fort: „Sie selbst sind der erste Mann im Staat, haben am meisten Macht und Verantwortung und müsstes Ihren Anweisungen zufolge am ehesten für Ihre Taten Rede und Antwort stehen.“

Ohne Umschweife erklärt der Verein, der Revolutionsführer selbst trage die Hauptverantwortung für alle Einschränkungen, die der Pressefreiheit auferlegt worden seien. Denn sämtliche dieser Einschränkungen seien von Instan-

zen wie der Justiz, dem Wächterrat, dem Schlichtungsrat, dem Sicherheitsrat und dem staatlichen Rundfunk und Fernsehen durchgesetzt worden, Instanzen, die direkt dem Revolutionsführer unterstehen und deren Führung von ihm ernannt werden. Zudem habe der Revolutionsführer durch eine persönliche Intervention das Parlament daran gehindert, ein verbessertes Pressegesetz zu verabschieden. „Wie erklären Sie diese Intervention, durch die das Recht des Parlaments, Gesetze zu verabschieden, beschnitten wurde?“, fragen die Autoren des Rundschreibens. „Wie können Sie es rechtfertigen, dass heute mehr als zehn Journalisten im Gefängnis sitzen? Wie wollen Sie auf die Frage antworten, warum im Verlauf von vier Jahren mehr als hundert Zeitungen und Zeitschriften verboten wurden?“

„In einem Land, in dem die Opposition nicht über eine freie Presse verfügt, in dem Zeitungen verboten werden, weil sie Auszüge eines Briefes von Parlamentsabgeordneten an den Revolutionsführer veröffentlicht haben, in so einem Land kann nicht davon die Rede sein, dass Entscheidungsträger zur Verantwortung gezogen werden“, heißt es in dem Schreiben des Verbands. Da jedoch der Revolutionsführer alle Verantwortlichen im Land dazu verpflichtet habe, Rechenschaft abzulegen, wolle der Verband ihn beim Wort nehmen und folgende Forderungen an ihn richten:

1. Der Revolutionsführer möge dem Volk einen Bericht über seine fünfzehnjährige Amtszeit bezüglich der Meinungs- und Pressefreiheit vorlegen.
2. Verbotene Zeitungen und Zeitschriften sollen wieder zugelassen und die Betroffenen finanziell und moralisch entschädigt werden.
3. Inhaftierte Journalisten müssen sofort freigelassen und die Verfahren gegen sie eingestellt werden.
4. Artikel 24 und 168 der Verfassung müssen insbesondere durch die Justiz gesichert werden. (Diese Artikel betreffen die Pressefreiheit.)
5. Alle Verantwortlichen, die widerrechtlich Zeitungen verboten und die Rechte der Journalisten missachtet haben, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.
6. Alle Hürden müssen beseitigt werden, damit das Parlament sich



frei entscheiden und ein neues Pressegesetz verabschieden kann.

Zum Schluss äußern die Autoren die Hoffnung, dass eines Tages die Freiheit der Presse so realisiert werde, „wie es das tapfere iranische Volk verdient“.

Justizchef Schahrudi verbietet Folter bei Verhören

Mahmud Schahrudi Haschemi, Chef der iranischen Justiz, hat in einem Rundschreiben an Verantwortliche der Justiz, der Polizei und an Untersuchungsbeamte Anweisungen erteilt, Folterungen von Angeklagten zu unterlassen.

In dem Rundschreiben, das am 27. April veröffentlicht wurde, heißt es, dass eine Kommission zur Durchsetzung dieser Anweisungen eingesetzt worden ist. „Die Kommission ist verpflichtet, jeden Verstoß gegen die Vorschriften zu registrieren, das Fehlverhalten zu korrigieren, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und mich persönlich davon zu unterrichten“, schreibt Schahrudi.

Erstaunlich an diesem Rundschreiben ist, dass sämtliche Anweisungen, die der Justizchef erteilt, direkt oder indirekt gesetzlich festgelegt sind. Politische Beobachter sehen dieses Rundschreiben als erste offizielle Bestätigung für Folter in iranischen Gefängnissen.

„Es ist verboten, Angeklagte durch Folter zu Geständnissen zu zwingen“, schreibt der Justizchef. Solche Geständnisse seien religiös unakzeptabel und juristisch wertlos. Machtmissbrauch, Anwendung von Gewalt oder unnötige Inhaftnahme seien zu vermeiden. Gerichte und Staatsanwaltschaft seien verpflichtet, das Verteidigungsrecht der Angeklagten zu sichern und ihnen die Gelegenheit zu geben, sich durch Anwälte ihrer Wahl verteidigen zu lassen. Bei der Festnahme und während der Untersuchungshaft seien „quälende Handlungen wie das Verbinden der Augen oder anderer Körperteile oder Beleidigung bzw. Erniedrigung der Angeklagten zu unterlassen“. „Untersuchungsbeamten oder Richtern ist nicht erlaubt, ihr Gesicht zu verdecken, sich hinter den Rücken des Gefangenen zu stellen, die Häftlinge zu einem unbekanntem Ort zu führen oder sonstige, unerlaubte Methoden anzuwenden. Stattdessen müssen

moderne, wissenschaftliche Ermittlungstechniken verwendet werden“, heißt es in dem Rundschreiben.

Entgegen der bisher gängigen Praxis, bei der gefälschtes Beweismaterial aus dem Privatleben der Angeklagten zu ihrer Verurteilung diene, soll nun auf Anweisung des Justizchefs die Privatsphäre geschont werden. Das Rundschreiben verbietet, Briefe, Schriftstücke oder Familienfotos der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Erstaunlich ist, dass dieses Rundschreiben, das genau jene Anweisungen erteilt, die seit Jahren von in- und ausländischen Menschenrechtsorganisationen gefordert werden, aus der Feder des Justizchefs stammt, in dessen Amtszeit zahlreiche politische Gefangene nachweislich gefoltert und zu Geständnissen gezwungen wurden, Geständnisse, die von Videos aufgenommen und im staatlichen Fernsehen ausgestrahlt wurden. Noch vor wenigen Wochen hat Schahrudi den berüchtigten Staatsanwalt Said Mortazawi, der zuvor als Richter zahlreiche liberale Zeitungen verboten und kritische Journalisten verurteilt hatte und für den Foltortod der iranisch-kanadische Fotoreporterin Zahra Kazemi verantwortlich ist, offiziell als vorbildlichen Justizbeamten gelobt.

Shahrudi hatte bei seinem Amtsantritt erklärt, er übernehme „eine Ruine“, was von vielen Kommentatoren als ein Signal für die Einleitung grundlegender Reformen gedeutet wurde. Dass er nun, nach Jahre langer Willkür für das Recht der Gefangenen eintritt und dies zu einer Zeit, in der die Konservativen durch Wahlmanipulationen die absolute Mehrheit im Parlament errungen haben, wirft Fragen auf. Dient dieses Rundschreiben zur Beruhigung des Auslands oder haben die Konservativen tatsächlich begriffen, dass sie nicht so wie bisher gegen das Volk regieren können?

Das Ausland hat auf das Rundschreiben unterschiedlich reagiert. Die Nachrichtenagentur Reuters weist darauf hin, dass alle bisherigen Versuche der Reformen, das Verbot von Folter gesetzlich festzulegen, von Konservativen blockiert wurden. Demgegenüber deutet die britische Tageszeitung The Guardian die Anweisungen durch die „extrem rechte Justiz“ als Sieg der Reformbewegung in Iran. Auch einige Vertreter der EU bei der UN-Kommission



für Menschenrechte haben die Anweisungen des Justizchefs begrüßt und die Hoffnung geäußert, dass sie auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden.

Todesurteil gegen Reformier bestätigt

Ein iranisches Gericht der westlichen Provinzstadt Hamadan hat das Todesurteil gegen den Reformier Hashemi Aghadjari bestätigt. Das führende Mitglied der an der Regierung beteiligten „Organisation der Modjahedin der islamischen Revolution“ und Professor an der Hochschule für Lehrerausbildung war im November 2002 von einem islamischen Gericht zum Tode verurteilt worden. Grund für das ungewöhnlich harte Urteil war eine Rede Aghadjaris über den „islamischen Protestantismus“. Bei dieser Rede in Hamadan vor Studenten stellte er die islamische Geistlichkeit an den Pranger. Heute, sagte er, gehe es nicht allein um den Protest gegen den traditionellen Islam, sondern gegen einen Islam, der im Besitz der politischen Macht sei. Diese Macht zeige weit mehr als der traditionelle Islam die Bereitschaft, die Rechte der Individuen zu missachten. Die herrschende Geistlichkeit habe nicht allein Gott und den Glauben, sondern auch die weltliche Macht für sich monopolisiert. Damit erlaube sie sich jede Willkür. Sie lasse ihre Kritiker und Gegner foltern, zu falschen Geständnissen zwingen, hinrichten oder durch Terroranschläge ermorden. All dies sei mit der Substanz des Islam nicht vereinbar. Daher müsse sich der „islamische Protestantismus“ unter den heutigen Umständen nicht allein gegen längst überkommene Vorstellungen richten, sondern sich weit mehr für die Durchsetzung der Menschenrechte und humaner Grundsätze einsetzen.

Wie erwartet rief die Rede die Islamisten auf den Plan. Die konservative Presse wütete, in zahlreichen Städten wurden Protestdemonstrationen organisiert, bei denen Aghadjaris Hinrichtung verlangt wurde. Diesem Verlangen folgte die Justiz. Aghadjari wurde zum Tode, zu acht Jahren Gefängnis, zehn Jahren Lehrverbot und 74 Peitschenschlägen verurteilt! Das Urteil wiederum löste bei den Reformieren, die die Regierung und die Mehrheit im Parlament stellten, Empörung aus. Es kam zu landesweiten Studentenprotesten. Um einer weiteren Eskalation zu vermeiden

ordnete Revolutionsführer Chamenei eine Überprüfung des Urteils an.

„Der zuständige Richter hat das Urteil geprüft und es noch einmal bestätigt“, teilte Justizchef der Provinz Hamadan, Zakarollah Ahmadi“ am 5. Mai 2004 der Presse mit. Die letzte Entscheidung liege nun beim Obersten Gericht in Teheran. Offenbar fühlen sich die Konservativen durch den im Februar errungenen Sieg bei den Parlamentswahlen stark genug, um alte Rechnungen begleichen zu können.

Staatspräsident Mohammad Chatami reagierte mit einer für ihn ungewöhnlichen Offenheit und Schärfe auf das Urteil. In einem „Offenen Brief an das iranische Volk“ schreibt er: „Es ist eine Qual, mitzuerleben, wie es heute immer noch möglich ist, dass ein hochrangiger Wissenschaftler, der dazu für die Revolution so viel Opfer gebracht und sogar im Krieg ein Bein verloren hat, von einem unerfahrenen Richter einfach, unter Missachtung des geltenden Rechts durch einen Federstrich zum Tode verurteilt wird.“ Es sei aber, fügt Chatami tröstend hinzu, zugleich eine Errungenschaft, dass „dieses Urteil, bis auf wenigen Personen, von niemanden in den religiösen und akademischen Kreisen, auch nicht von den Verantwortlichen des Staates akzeptiert wird.“

Dazu meinte Justizchef Ahmadi, es seien genau solche Unterstützungen gewesen, die die säkularen Kräfte dazu ermuntert hätten, sich Dreistigkeiten gegen den Islam zu erlauben.

Journalist Siamak Purzand auf Intensivstation

Der Journalist und Medienfachmann Siamak Purzand, der wegen angeblicher Agententätigkeit und umstürzlerischer Aktivitäten zu elf Jahren Gefängnis verurteilt wurde, musste aufgrund seines schlechten gesundheitlichen Zustands auf der Intensivstation behandelt werden. Die offizielle Bestätigung dieser Nachricht durch die staatliche Nachrichtenagentur IRNA deutet darauf hin, dass der Zustand des Gefangenen äußerst besorgniserregend ist. Die Agentur bezeichnet zwar Purzands Zustand als gut, fügt jedoch hinzu, selbst keine Erlaubnis für einen Besuch des 75jährigen Häftlings erhalten zu haben. Es ist seit langem



bekannt, dass Purzand nicht nur schwer herzkrank ist, sondern auch unter einer Nierenkrankheit leidet. Einige Internet-Dienste berichten, dass er in Todesgefahr schwebt. Der Bruder des Gefangenen, Lahrasb Purzand, sagte in einem Interview mit dem persischsprachigen Auslandssender Radio Farda, der Zustand seines Bruders sei äußerst besorgniserregend. Doch den Verwandten werde nicht erlaubt, eine angemessene ärztliche Behandlung zu organisieren. Purzand werde sogar im Krankenhaus sehr brutal behandelt. Er stehe unter ständiger Beobachtung und sei mit den Füßen an das Krankenbett angekettet. Die Justiz wolle vorbeugend dafür sorgen, dass ein eventueller Tod Purzands nicht durch Gefängnisaufenthalt und Folter verursacht wurde, sondern durch seine Krankheiten eingetreten ist, sagte der Bruder.

UN-Kommission: Lage der Menschenrechte in Iran nicht auf der Tagesordnung

Bei der diesjährigen Tagung der UN-Kommission für Menschenrechte in Genf wurde die Behandlung der Menschenrechte in Iran durch eine Gruppe, die von Vertretern der Europäischen Union geleitet wurde, von der Tagesordnung gestrichen.

Einmal jährlich trifft sich die UN-Menschenrechtskommission in Genf, um Menschenrechtsverletzungen in den Mitgliedsstaaten der UNO festzustellen, bzw. zu ahnden. Angesichts der permanenten Missachtung der Menschenrechte in Iran war zu erwarten, dass auch die Islamische Republik zu jenen Staaten gehören wird, die von der Kommission an den Pranger gestellt werden. Doch offensichtlich hatten Vertreter Irans bereits vor der Tagung mit der EU Vereinbarungen getroffen, die dazu führten, dass die Behandlung Irans von der Tagesordnung gestrichen wurde. Dieser Schritt war umso erstaunlicher, als die EU einen Monat vor der Konferenz Iran wegen Verletzung der Menschenrechte scharf kritisiert hatte. Insider vermuten, dass Mohammad Djawad Laridjani, Stellvertretender Justizchef Irans, der die Verhandlungen mit der EU geführt hat, das Wohlwollen der Europäer mit dem Versprechen erkaufte, sich für die Freilassung der im Irak befindlichen Geiseln einzusetzen.

Bemerkenswert ist, dass Laridjani während der Tagung in Genf beim Freitagsgebet in Teheran erklärte: „Die Men-

schenrechte bilden ein Instrument, um den Widerstand des Islam zu brechen.“ In vielen islamischen Ländern würden nun die Menschenrechte in den Mittelpunkt gestellt, anstatt sich auf den Koran zu konzentrieren. „Auch in unserem Land werden in manchen Studentenkreisen die Menschenrechte als Basis für die Entwicklung bezeichnet. Sie sagen, wir fordern Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte. Das sind Leute, die sich vor dem Islam fürchten.“

Justizsprecher Ghlamossein Elham begrüßte die Entscheidung der UN-Kommission und äußerte die Hoffnung, dass auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit der Kommission „den Realitäten Rechnung trägt“. Für die iranische Justiz sei die Entscheidung ein Erfolg. Die Justiz halte sich an die Grundsätze des Islam, die „die Würde des Menschen auf allen Ebenen achtet“. „Daher fühlen wir uns getroffen, wenn irgendwo auf der Welt die Menschenrechte verletzt werden. Aus demselben Grund bedauern wir auch die Vorgehensweise der Besatzer im Irak, die sich gegen Frauen und Kinder richtet.“

Die iranische Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi übte scharfe Kritik an der UN-Menschenrechtskommission und bezeichnete die Entscheidung als „Beleidigung der Demokraten und Menschenrechtsaktivisten in Iran“. Die Kommission müsse ihre Unabhängigkeit bewahren und dürfe sich nicht auf „faule Kompromisse“ einlassen.

Chatami zog zwei wichtige Gesetzesvorlagen zurück

Staatspräsident Mohammad Chatami zog nach der Wahlniederlage der Reformer zwei Gesetzesvorlagen, die er vor anderthalb Jahren dem Parlament vorgelegt hatte, wieder zurück. Bei den Vorlagen, die immer wieder für heftige Auseinandersetzungen zwischen Reformern und Konservativen gesorgt hatten, handelt es sich einmal um die Festlegung/Erweiterung der Kompetenzen des Staatspräsidenten und zum anderen um die Festlegung/Einschränkung der Kompetenzen des Wächterrats. Die Vorlagen waren vom Parlament verabschiedet, jedoch vom Wächterrat abgelehnt worden.

In einem Schreiben an Parlamentspräsident Mehdi Karrubi erläuterte Chatami, dass er mit den Gesetzen zwei Ziele hatte, zum einem den Staatspräsidenten mit genügend Macht auszustatten, damit



er die Einhaltung der Verfassung garantiert und zum anderen die Kompetenzen des Wächterrats genau zu definieren, damit die Parlamentswahlen frei und gerecht durchgeführt werden könnten. Doch nun hege er die Befürchtung, dass die angestrebten Ziele ins Gegenteil verkehrt würden. Deshalb ziehe er die Vorlagen zurück.

Maidemonstration vor dem Parlament

Mehrere Tausend Arbeiter haben sich am Vortag des Ersten Mai in der Hauptstadt Teheran vor dem Parlament zu einer Protestkundgebung versammelt. Sie forderten die Sicherung der Rechte der Arbeiter, die Anerkennung einer frei gewählten Gewerkschaft und das Streikrecht. Alireza Mahdjub, Geschäftsführer des „Hauses der Arbeiter“, kritisierte die Planungsorganisation scharf und forderte Gesetze, die die Rechte der Arbeiter sichern. In dem Gesetzespaket, das die Planungsorganisation dem Parlament vorgelegt habe, sei keine soziale Sicherung der Arbeiter vorgesehen, sagte er.

Die Parlamentsabgeordnete Soheila Djelodarzadeh, die an der Kundgebung teilnahm, sagte: „Wir sind ins Parlament gewählt worden, damit wir auch die Rechte der Arbeiter verteidigen. Aber die Sicherung der Rechte der Arbeiter liegt allein bei dem Gesetzgeber. Wir sind nicht gegen das Kapital, auch nicht gegen Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen, aber wir treten ebenso für soziale Gerechtigkeit ein und dafür, dass auch die Arbeiter die ihnen zustehenden Rechte erhalten.“

Bei der Kundgebung, an der auch Arbeiter aus anderen Städten teilnahmen, wurden die Privatisierungspläne der Regierung kritisiert. Die Demonstranten riefen: „Die Rechte der Arbeiter müssen durch Gesetze gesichert werden“, „Streik, Streik ist unser Recht“, „Das Gesetz zur Modernisierung hat kein anderes Ziel, als Arbeiter zu entlassen.“

Deutsches Rotes Kreuz baut mit anderen Organisationen ein orthopädisches Zentrum in Bam

Nach einem Bericht der Deutschen Welle plant das deutsche Rote Kreuz gemeinsam mit anderen regierungsunabhängigen Hilfsorganisationen den Bau eines or-

thopädischen Zentrums in der vom Erdbeben stark geschädigten Stadt Bam.

Gleich nach der Erdbebenkatastrophe in Bam vor vier Monaten, bei der rund 50000 Menschen ums Leben kamen, hatten zahlreiche Organisationen aus dem Ausland Hilfe angeboten. Inzwischen hat sich die Lage in Bam und Umgebung halbwegs normalisiert. Die Hinterbliebenen versuchen, sich mit der Realität abzufinden. In den vergangenen Monaten hat es in Bam heftige Proteste der Bevölkerung wegen der mangelhaften Versorgung gegeben. Die Kritik richtete sich auch dagegen, dass die Sach- und Geldspenden aus dem Ausland zum Teil nicht an die Adressaten gelangten. Nun scheint sich die Organisation und Koordination gebessert zu haben, so dass auch der Wiederaufbau der nahezu gänzlich zerstörten Stadt allmählich in Angriff genommen werden kann.

In diesem Rahmen planen auch das deutsche Rote Kreuz und andere Hilfsorganisationen, mit den in Deutschland gesammelten Spenden ein modernes orthopädisches Zentrum in Bam aufzubauen. Zur Bilanz des Erdbebens gehören 80000 Obdachlose und über 30000 Verletzte. Die Opfer benötigen nicht allein eine medizinische, sondern auch eine psychologische Versorgung. Rund 3600 Kinder und Jugendliche haben bei der Katastrophe ihre Eltern verloren. Für diese Kinder hat die deutsche Sektion der internationalen Hilfsorganisation World Vision eine Gruppe iranischer Psychologen engagiert, die sich gemeinsam mit den Lehrern und Erziehern um die Opfer kümmern. Ferner sollen zur schulischen Ausbildung der Kinder fünfzig provisorische Feldschulen eingerichtet werden.

Protest der Frauen gegen das Fernsehen

Rund zwanzig verschiedene regierungsunabhängige Frauenorganisationen haben zu einer Protestversammlung gegen frauenfeindliche Programme des staatlichen iranischen Fernsehens aufgerufen. Den Anlass lieferte die Filmserie „Eine andere Frau“, in der von einem modernen Akademikerehepaar erzählt wird, das keine Kinder bekommt. Aus Liebe zu ihrem Mann sucht die Frau – eine Journalistin – eine zweite Partnerin für ihn, die er ehelicht und mit ihr Kinder zeugt. Der Mann ist „emanzipiert“, arbeitet im Haushalt, kümmert sich auch um die Kinder und lebt mit beiden Frauen in gemeinsamer Ehe.

Darin sehen die Frauen eine Werbung für Polygamie.

Das Fernsehen ignoriere „die zunehmenden Aktivitäten der Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen“ und die Tatsache, dass „Frauen, gestützt auf eigene Kraft und eigene Begabungen, an den Universitäten und in den Bereichen Literatur, Wissenschaft, Kunst, Gesellschaft und Politik beeindruckende Positionen erobert haben“, heißt es in dem Aufruf der Frauenorganisationen. Dieser Entwicklung setze das Fernsehen, das sich im Monopol des Staates befinde, eine frauenfeindliche Politik entgegen. Die Fernsehfilme seien inhaltsleer, realitätsfern und reproduzieren ständig ein „traditionelles Frauenbild“. Die vielfältigen Versuche, Millionen Zuschauern eine von Männern dominierte Gesellschaft als Ideal zu suggerieren seien zwar alt, doch das Bewusstsein, das die Frauen heute erlangt hätten, lasse nicht mehr zu, dass sie weiterhin „die Erniedrigungen erdulden“ und „ihre Wut herunterwürgen“. Dieses Bewusstsein habe die passiven Zuschauerinnen in aktive Kritikerinnen verwandelt. „Wir werden das Fernsehen dazu zwingen, den Wandel der Zeiten zu akzeptieren“, betonen die Unterzeichner in ihrem Aufruf.

Solche öffentlichen Proteste wären noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen. Seit Beginn der Reformbewegung, an deren Zustandkommen Frauen einen wichtigen Anteil haben, ist der Kreis der Frauen, die aktiv am Kampf für Gleichberechtigung teilnehmen, erheblich gewachsen. Was diese Bewegung, die nicht mit den inzwischen gescheiterten Reformversuchen von oben identisch ist, besonders interessant macht, ist der Umstand, dass sie nicht nur von laizistischen, sondern zu einem großen Teil auch von islamischen Frauen getragen wird. Es gibt inzwischen in Iran zahlreiche Frauenorganisationen, Frauenzeitschriften ebenso wie Internetseiten, die sich kritisch mit religiös geprägten, traditionsorientierten Vorstellungen auseinandersetzen und immer vehementer Gleichberechtigung fordern. Der Protestaufruf gegen das Fernsehen macht deutlich, dass die aktiven Frauen ungeachtet des Ende Februar durch Manipulationen erlangten Wahlsiegs der Islamisten bei den Parlamentswahlen, entschlossen sind, ihren Weg fortzusetzen.

Der Aufruf hat in Iran eine breite Diskussion entfacht. Eine der bekann-

testen Fraueninternetseiten, die tribune iranians feminists (www.iftribune.com/indes.asp), veranstaltete eine Telefonumfrage zum Thema „Frauen im staatlichen Fernsehen“ und veröffentlichte einige Stellungnahmen der Befragten, die sich mit Abscheu über das Fernsehen, insbesondere über die Filmserien äußerten. Der Verein iranischer Frauen in Frankreich hat sich dem Protest der Frauen in Iran angeschlossen und zeitgleich mit der Versammlung in Teheran eine Protestkundgebung in Paris veranstaltet. Auch die Frauengruppe der Auslandsorganisation „Bündnis der Republikaner Iran“ hat sich mit den Frauen in Iran solidarisch erklärt.



II. Wirtschaft

Die Weltbank gewährt Iran neuen Kredit

Die Weltbank wird gemäß den in Teheran unterzeichneten Verträgen Iran zum Ausbau von Leitungen für Wasser und Abwasser sowie zum Ausbau von Wohnsiedlungen in einigen Städten einen Kredit in Höhe von insgesamt 359 Millionen Dollar zur Verfügung stellen. Die Verträge wurden von Vertretern der Weltbank und dem iranischen Energieministerium bzw. dem Bauministerium unterzeichnet. Sie werden nach Zustimmung des Vorstands der Bank in Kraft treten.

Von dem Kredit sollen 279 Millionen Dollar für den Ausbau von Wasser- und Abwasserleitungen und die restlichen 80 Millionen für den Ausbau von Wohnsiedlungen in den Städten Zahedan, Kermanschah und Bandar Abbas verwendet werden.

Mohammad Khazai, Leiter des Amtes für ausländische Investitionen, bezeichnete während der Unterzeichnungszereemonie die Vertragsbedingungen als sehr günstig und fügte hinzu, die Weltbank verfüge über einen Stab versierter Experten, die bei der Realisierung der Projekte sicherlich eine konstruktive Rolle spielen werden.

Die Zusammenarbeit zwischen der Weltbank und der Islamischen Republik hat sich nach Jahre langer Stagnation in den letzten Jahren rasch entwickelt. Neben der Kreditvergabe hat die Bank mit einigen staatlichen Institutionen eng kooperiert. Die Bilanzierung der iranischen Rentenkasse, deren Ergebnis im vergangenen Jahr veröffentlicht wurde, ist ein Beispiel für die Zusammenarbeit. Die Untersuchung ergab, dass die Zahl der Rentenempfänger in Iran jährlich um neun Prozent zunimmt, während die Beschäftigten nur um vier Prozent zunehmen.

Ganz neu ist auch die Zusammenarbeit der Weltbank mit Irans Privatwirtschaft. Zum ersten Mal seit der Revolution von 1979 gründete die International Finance Corporation (IFC), die der Weltbank untersteht, im vergangenen Jahr gemeinsam mit der iranischen Privatbank Karafarin mit einem Kapital von 30 Millionen Dollar eine Leasinggesellschaft für Maschinen und Transport.

Die neuen Kreditverträge wurden unterzeichnet, obwohl die USA als größte Teilhaber der Weltbank gegen eine Kreditvergabe an Iran sind. Dasselbe gilt für die Kreditvergabe in den letzten Jahren, in denen Iran mit Hilfe der Weltbank einige wichtige Projekte realisieren konnte, wie zum Beispiel das 40 Millionen Dollar Projekt für den Ausbau von Wasserleitungen in Bandar Anzali, das drei Millionen Dollar Projekt für Kommunikationseinrichtungen in iranischen Krankenhäusern, das 31,5 Millionen Dollar Projekt zum Wiederaufbau der vom Erdbeben zerstörten Gebieten um Zandjan und das 80 Millionen Dollar Projekt zum Bau des Elborz-Staudamms in der Provinz Mazandaran.

Total-Konzern soll Erdgasfeld South Pars in Iran erschließen

Der französische Ölkonzern Total steht vor dem Abschluss eines milliarden-schweren Geschäfts zur Erschließung der Gasvorkommen in Iran. Der Vertrag über 1,2 Milliarden Dollar werde „ohne Probleme“ in ein bis zwei Monaten unterzeichnet werden, sagte der iranische Vize-Ölminister Mehdi Mirmoesi in Teheran. Der Konzern werde mit der Entwicklung von Phase 11 des Erdgasfeldes South Pars beauftragt, das als eines der größten der Welt gilt.

Das französische Unternehmen, das für die Erschließung von South Pars bereits 1997 Verträge mit Teheran abschloss, bekam den Vorzug gegenüber dem britischen BP-, dem italienischen Eni- sowie dem norwegischen Statoil-Konzern. Das in der Phase 11 gewonnene Gas soll vor allem für den wachsenden Markt in Europa bestimmt sein.

Großbritannien verkauft Rüstungsgüter an Iran

Trotz des über Iran verhängten Waffenembargos hat sich Großbritannien entschlossen, militärische Bauteile an Iran zu verkaufen. Teheran werde die Komponenten, die ursprünglich für die Motoren von Maschinen der Luftwaffe entwickelt worden seien, zu rein zivilen Zwecken nutzen, versicherte Bill Rammell, Staatsminister im Londoner Außenministerium. Die Teile sollen den Angaben des Ministeriums zufolge in Turbinen eingesetzt werden, die Pumpen für Öl- und Gas-Pipelines antreiben. Das „minimale Risiko“, dass die Teile zu militärischen Zwecken verwendet



würden, werde London nicht davon abhalten, von dem seit 1993 gültigen Embargo eine Ausnahme zu machen, sagte Rammel.

Verhandlungen Iran - Ägypten

Iran und Ägypten haben ihre Verhandlungen zum Ausbau ihrer Wirtschaftsbeziehungen auch im April fortgesetzt. Wie das persischsprachige Programm des Auslandssenders Radio Farda berichtet, haben sich Wirtschaftsdelegationen aus beiden Ländern am Rande einer Tagung über Investitionen in islamischen Staaten in Ägypten getroffen. Iran hatte bis vor der islamischen Revolution (1979) in Ägypten rund eine Milliarde Dollar in den Bereichen Textilindustrie, Glasindustrie und Tourismus investiert. Ägypten lieferte in den neunziger Jahren Maschinen im Wert von rund 500 Millionen Dollar an Iran.

Zurzeit haben iranische Investitionen in der ägyptischen Glasindustrie ein Volumen von 250 Millionen Dollar. Weitere Investitionen konzentrieren sich hauptsächlich auf den Tourismus. Beide Länder sind bemüht, ihre Wirtschaftsbeziehung rasch auszubauen.

Singapur zögert, in Iran zu investieren

Mitte April hielt sich eine Wirtschaftsdelegation aus Singapur in Iran auf. Ziel der Reise war, zu prüfen, ob Singapur Iran bei der Modernisierung von veralteten Industrieanlagen durch Investitionen behilflich sein kann. Die in Singapur erscheinende Tageszeitung Straits Times schreibt dazu, trotz größerer Möglichkeiten, die Iran zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern biete, seien die Unternehmer aus Singapur wegen der in Iran herrschenden politischen Verhältnissen noch sehr skeptisch. Auch Zollbestimmungen, Probleme bei der Devisenausfuhr und der Mangel an Kontinuität in der iranischen Außenwirtschaft erschwerten das Engagement ausländischer Investoren in Iran.

Speiseöl-Produzenten vor dem Aus

Irans Speiseölproduzenten stehen kurz vor dem Konkurs. Wichtigster Grund dafür ist die Weigerung der Regierung, die Zolltarife für den Import von Ölpflanzen zu erhöhen. Da importierte

Ölsamen weit billiger sind als jene, die im Inland produziert werden, fordern Speiseölproduzenten, die Zolltarife zum Schutz der Inlandproduktion zu erhöhen. Doch bisher hat die Regierung auf die Forderung nicht reagiert. Die Folge ist, dass zahlreiche Unternehmen in den letzten Wochen ihr Personal reduzieren und hunderte Arbeitskräfte entlassen mussten. In Iran gibt es rund dreißig Fabriken, die Pflanzenöl produzieren. Sie decken den Inlandsbedarf und exportieren einen Teil ihrer Produkte. Achtzig Prozent der Unternehmen befinden sich in privater Hand.

Daten über Auslandsinvestitionen in Iran schöngefärbt

Mohammad Khazai, Stellvertreter des Ministers für Wirtschaft und Finanzen, gab bekannt, dass ausländische Investoren im Jahr 1382 (März 2003 - März 2004) rund zwei Milliarden Dollar in Iran investiert haben. Darin seien Investitionen im Bereich Erdöl und Erdgas sowie in wirtschaftsfreien Zonen nicht enthalten. Für das nächste Jahr werde die Summe auf acht bis zehn Milliarden Dollar steigen.

Diese Angaben stehen im Widerspruch zu den Angaben internationaler Institute. Die Konferenz für Handel und Entwicklung der UNO (UNCTAD), die als Unterorganisation der Vereinten Nationen für die Förderung des internationalen Handels zuständig ist, reiht in ihrem jüngsten Bericht Iran bei jenen Ländern ein, die am geringsten Investoren anziehen. Die Zeitschrift „Amar-e Iran“ berichtet, dass in Iran im Jahr 2002 rund 250 Millionen Dollar und im Jahr 2003 rund 360 Millionen Dollar Auslandsinvestitionen getätigt wurden.

Auch Wirtschaftskreise in Teheran betrachten die offiziellen Angaben mit großer Skepsis. Die Tageszeitung „Hamshahri“ spricht von Stagnation der Auslandsinvestitionen. Ihrer Ansicht nach beruhen die Angaben der Regierung zum Teil auf Absichtserklärungen oder Vertragsentwürfen, die nicht realisiert wurden. Sie schätzt, dass Auslandsinvestitionen im vergangenen Jahr ein Volumen von 500 Millionen Dollar erreicht haben.



III. Außenpolitik

Iran als Vermittler im Irakkonflikt

Der Chef des US-Zentralkommandos in Irak, General John Abizaid, warnte die Regierungen der Nachbarländer Iran und Syrien, sich in die Angelegenheiten Iraks einzumischen. Es gebe Geheimdienstinformationen, aus denen hervorgehe, dass beide Staaten sich an Aktionen beteiligen, die „nicht hilfreich“ seien. Nähere Angaben zu den Aktivitäten machte er nicht. Bereits zuvor hatte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Teheran vorgeworfen, die Unruhe im Irak geschürt zu haben. Ferner würde Iran seine Grenzen nicht ausreichend kontrollieren und die Einreise von Terroristen nicht verhindern.

Die Regierung in Teheran wies die Vorwürfe entschieden zurück. Staatspräsident Mohammad Chatami distanzierte sich vom gewaltsamen Vorgehen der Anhänger des Schiiten-Führers Muktada el Sadr gegen die Besatzungsmächte. Bei einem Treffen mit dem Mitglied des provisorischen Regierungsrats Iraks, Ibrahim Djafari, in Teheran erinnerte Chatami dran, dass Iran zu den ersten Ländern gehörte, die den provisorischen Regierungsrat anerkannt haben. „Nach unserer Auffassung wird jede Handlung, die die Krise im Irak verschärft und die Sicherheit und Stabilität des Landes gefährdet, nicht nur dem Land selbst, sondern dem Islam und dem Schiismus schaden“, betonte Chatami.

Demgegenüber bezeichnete der konservative Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandjani den bewaffneten Aufstand radikaler Schiiten gegen die Besatzungsmächte im Irak als „heroische Tat“. Man müsse, sagte er beim Freitagsgebet, deutlich unterscheiden zwischen den schiitischen Kämpfern der Mehdi-Armee unter ihrem geistlichen Führer Muktada el Sadr und den „terroristischen“ Anhängern des früheren Baath-Regimes unter Saddam Hussein. „Wir haben nicht die Absicht, uns in die Angelegenheiten unsres Nachbarlands Irak einzumischen“, erklärte Rafsandjani, ließ aber zugleich, verbunden mit einer Warnung an die USA durchschimmern, wie groß der Einfluss Irans im Irak sei. Die heute einflussreichsten Schiiten hätten sich mehr als zwei Jahrzehnte lang als Gast in Iran aufgehalten, sagte er. „Diese mächtigen Männer sitzen heute in den religiösen Zentren. Nur eine einzige Anweisung o-

der eine Predigt von ihnen könnte eine entscheidende Wende in der Entwicklung des Landes herbeiführen. Sie sind mit Haut und Haar gegen die Besatzung, wollen jedoch die Entscheidung der internationalen Gemeinschaft abwarten. „Nur Gott weiß, was geschehen würde, wenn sie den Gläubigen eine Anweisung zum allgemeinen Widerstand erteilen würden“, warnte Rafsandjani.

„Die USA haben einen steinigten Weg vor sich“, sagte der Ex-Staatspräsident. Während die gegen sie gerichteten Gefahren ständig zunähmen, wachse die Bedeutung der Rolle Irans. „Aber wir sind bereit, den Amerikaner zu helfen, genauso wie wir ihnen in Afghanistan geholfen haben.“

Auch Washington scheint sich des wachsenden Einflusses Irans im Irak bewusst zu sein. Wie aus Regierungskreisen in Teheran bekannt wurde, haben die USA über die Schweizer Botschaft, die ihre Interessen in Iran vertritt, die iranische Regierung gebeten, auf irakische Schiiten einzuwirken, um sie zu einem friedlichen Umgang mit den Besatzungsmächten zu bewegen. Sollte Iran dieser Aufforderung folgen, würden sich die USA im Konflikt um das iranische Atomprogramm versöhnlicher als bisher verhalten. Sollte Iran aber die Unruhen weiterhin schüren, würden die USA den Druck auf die Islamische Republik erheblich erhöhen.

Auch der provisorische Regierungsrat Irak hat Iran um Vermittlung gebeten. In der Botschaft des Regierungsrats, die das Ratsmitglied Ibrahim Djafari bei seinem Besuch in Teheran der iranischen Regierung überbrachte, wird Iran gebeten, Muktada Sadr dazu zu bewegen, seine Truppen aus den Städten Nadjaf und Kerbela zurückzuziehen. In diesem Fall würden die Besatzer sich ebenfalls aus den beiden Städten zurückziehen und die Kontrolle der irakischen Polizei übergeben.

Diese Nachricht, die zunächst aus iranischen Regierungskreisen durchsickerte, wurde später auch offiziell vom iranischen Außenminister Kamal Charrasi bestätigt. „Wir stehen in Kontakt mit den USA durch die Schweizer Botschaft in Teheran, die die amerikanischen Interessen in Iran wahrnimmt“, sagte der Minister nach einer Kabinettsitzung in Teheran.

„Die Amerikaner haben uns gebeten, dass wir bei der Beilegung der Krise

im Irak helfen. Wir werden handeln", erklärte Charrasi. Es habe schon zuvor Gespräche zwischen Teheran und Washington gegeben, diese seien jedoch nicht fortgesetzt worden, „weil wir das Gefühl hatten, dass wir nichts erreichen konnten“. Die Amerikaner, fuhr der Minister fort, „verfolgen den falschen Weg. Sie kennen nicht die Psychologie des irakischen Volkes. Sie meinen, dieselbe Gewalt, die sie gegen das Saddam-Regime eingesetzt haben, nun auch gegen das Volk einsetzen zu können.“ Es sei ein großer Fehler, auf Gewalt zu setzen. Iran sei bemüht, im Irak zu helfen und darauf hinzuwirken, dass „die Macht an das irakische Volk zurückgegeben wird“. Die Besatzer, betonte Charrasi, „müssen so bald wie möglich das Land verlassen.“

Wie die iranische Nachrichtenagentur IRNA meldete, wurde tatsächlich eine Delegation aus Teheran unter der Leitung des Direktors der Abteilung für die Golfregion im Teheraner Außenministerium, Hussein Sadeghi, nach Bagdad geschickt. Geplant waren sowohl Gespräche mit dem provisorischen Regierungsrat und Vertretern der Besatzungsmächte als auch Verhandlungen mit der schiitischen Geistlichkeit. Vorgehen war auch ein Treffen mit dem radikalen irakischen Schiitenführer Moktada al Sadr. Wie aus Kreisen des Außenministeriums in Teheran bekannt wurde, sollte sich die iranische Abordnung auch um die Freilassung der rund vierzig Geiseln bemühen, die von irakischen Rebellen gekidnappt worden waren. Sowohl die italienische als auch die japanische Regierung hatten Iran gebeten, sich für die Freilassung ihrer Staatsangehörigen einzusetzen.

Als Gegenleistung verlangt Teheran von den USA, den Vorwurf, Iran habe die Unruhen im Irak geschürt sowie die Anordnung an den Leiter der diplomatischen Vertretung Irans, Hussein Kazemi, Irak zu verlassen, zurückzunehmen. Wie einigen arabischen Zeitungen berichteten, hatten sowohl die USA als auch der provisorische Regierungsrat Kazemi beschuldigt, den von Moktada al Sadr geführten Widerstand mitinitiiert zu haben. Er wurde zur unerwünschten Person erklärt und sollte das Land verlassen. Kazemi selbst dementierte die Nachricht. „Ich bin noch in Bagdad und setze meine Arbeit fort“, sagte er der Nachrichtenagentur IRNA. Durch die Vermittlungsrolle, die nun Iran übernommen hatte, wurde die Frage der Ausweisung Kazemis ohnehin hinfällig.

Iran hat mehrmals den Vorwurf, an den Unruhen im Irak beteiligt gewesen zu sein, entschieden zurückgewiesen und sich auch offiziell von el Sadr distanziert. Revolutionsführer Ali Chamenei machte im Gegenzug die USA für den Aufstand verantwortlich. „Es ist offensichtlich, dass die Verbrechen der Besatzer die Reaktion des irakischen Volkes ausgelöst haben“, sagte er in einer Rede, die im staatlichen Fernsehen und Hörfunk ausgestrahlt wurde. „Es ist das Schicksal des amerikanischen Vorgehens im Irak zu scheitern und früher oder später werden die Amerikaner mit Schande und Demut das Land verlassen müssen.“

Die unerwartete internationale Aufwertung, die Iran durch die Vermittlerrolle zuteil wurde, war für die Konservativen, die gerade nach ihrem Sieg bei den Parlamentswahlen ihre absolute Macht wieder aufzubauen versuchen, ein Geschenk des Himmels. Diese Rolle erlaubt ihnen, aus einer Positionen der Stärke die USA zu drängen, die seit mehr als zwei Jahrzehnten über Iran verhängten Wirtschaftssanktionen aufzuheben und von der EU zu verlangen, endlich das geplante umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zu unterzeichnen. Und noch wichtiger: sie werden vor allem verlangen, dass man sie als eine friedliche Macht akzeptiert und sich nicht mehr in innere Angelegenheiten Irans einmischt.

Indes scheint die Frage, ob die Islamische Republik Iran sich tatsächlich für einen friedlichen Umgang der Schiiten mit den Besatzungsmächten einsetzen wird, längst nicht entschieden zu sein. Denn auch in dieser außenpolitisch wichtigen Frage herrscht in der iranischen Staatsführung keine Einigkeit. Während die Moderaten auf eine Beilegung der Konflikte hinwirken wollen und mit schiitischen Oberhäuptern inzwischen entsprechend verhandeln, sind die Radikalen der Meinung, dass größere Unruhen im Irak die Position Irans stärken und die USA zu größeren Konzessionen zwingen würden.

Die iranische Delegation kehrte nach weniger als 48 Stunden wieder nach Teheran zurück. Welche Verhandlungen sie in Bagdad geführt und ob sie etwas erreichen konnte, wurde nicht bekannt gegeben. Jedenfalls scheint die Euphorie, die in Teheran durch die Vermittlerrolle entstanden war, inzwischen wieder abgeflaut zu sein.

USA bezeichnen Iran abermals als „aktivsten Unterstützerstaat des internationalen Terrorismus“

Ungeachtet der geheimen Gespräche, die seit geraumer Zeit zwischen Teheran und Washington geführt werden und ungeachtet der Vermittlerrolle, um die die USA Iran bei den militärischen Auseinandersetzungen im Irak gebeten haben, wird die Islamische Republik nach wie vor von der amerikanischen Regierung öffentlich attackiert. Das US-Außenministerium bezeichnet in seinem Bericht über das Jahr 2003 Iran als „aktivsten Unterstützerstaat des internationalen Terrorismus.“ Die Organisation der „Wächter der Revolution“ sowie das iranische Informationsministerium hätten im Jahr 2003 „terroristische Aktivitäten unterstützt“ und „zahlreiche Gruppen zu terroristischen Aktionen ermuntert“. Irans Umgang mit der Terrororganisation Al Qaida sei nicht einheitlich gewesen. Nach dem Sturz der Taliban habe Teheran geflüchteten Mitgliedern von Al Qaida Zuflucht und Sicherheit gewährt. Die iranische Regierung habe zwar behauptet, die Al Qaida-Mitglieder in Haft genommen zu haben. Doch in der Namensliste, die Teheran der UNO vorgelegt habe, tauchten die Namen führender Mitglieder der Terrororganisation „angeblich aus Sicherheitsgründen“ nicht auf. Zudem weigere sich die iranische Regierung nach wie vor, die Inhaftierten an die Herkunftsstaaten auszuliefern.

Weiterhin wird Iran vorgeworfen, terroristische Gruppen wie Hizbollah in Libanon sowie Hamas und Dihad Islami in Palästina finanziell und militärisch unterstützt zu haben. Schließlich wird die Islamische Republik in dem Bericht bezichtigt, an den Attacken gegen die Besatzungsmächte im Irak beteiligt zu sein.

Irans Atomprogramm soll auf dem G 8-Gipfel diskutiert werden

US-Außenminister Colin Powell teilte mit, dass das iranische Atomprogramm auf dem G 8-Gipfel (Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und USA), der im Juni stattfindet, diskutiert werden soll. Offensichtlich ist Washington entschlossen, den Druck auf Iran im Vorfeld der Sitzung der Internationalen Atombehörde (IAEA), auf deren

Tagung im Juni über das iranische Atomprogramm entschieden werden soll, zu verstärken. Bereits am 21. April erklärte US-Präsident George W. Bush, die Entwicklung des iranischen Atomprogramms sei nicht mehr „hinnehmbar“. „Ich muss mich versichern, dass die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens, die sich als Vertreter der zivilisierten Welt in den Konflikt eingemischt haben, Iran deutlich genug auf die Konsequenzen hingewiesen haben“, fügte er hinzu.

Am 27. April sagte US-Vizeaußenminister John Bolton auf einer Pressekonferenz: „Wir haben uns bereits entschieden“. Iran habe bezüglich seines Atomprogramms „gelogen“. Die internationale Atombehörde werde letztendlich gezwungen sein, den Fall an den UN-Sicherheitsrat weiter zu leiten. „Denn wenn wir weiterhin zulassen, dass Iran uns überlistet, wird es zu spät sein.“

Am selben Tag sagte Außenminister Powell gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, bis zur Sitzung der Internationalen Atombehörde im Juni werde man prüfen, wie korrekt und vollständig die Angaben Irans seien. Danach werde sich die Atombehörde entscheiden. Washington werde die Atombehörde, die EU sowie Russland auffordern, auf Iran Druck auszuüben, damit das Land die mit Deutschland, Großbritannien und Frankreich getroffenen Vereinbarungen einhält. Iran müsse gezwungen werden, auf sein Nuklearprogramm zu verzichten.

Indes erklärte der für internationale Beziehungen zuständige Direktor der iranischen Atomenergieorganisation, Mohammad Saidi, gegenüber der Nachrichtenagentur AP: „Von unserer Seite aus sind alle Fragen beantwortet. Es gibt keine Mehrdeutigkeiten mehr“. Die Informationen seien fünf IAEA-Inspektoren, die sich zwei Wochen lang in Iran aufgehalten hatten, übergeben worden. Die Regierung in Teheran habe eindeutige Erklärungen sowohl für die entdeckten Spuren angereicherten Urans an Ausrüstungsgegenständen als auch hinsichtlich des Baus von Zentrifugen geliefert. Die Inspektoren hätten sich von der Richtigkeit dieser Angaben überzeugen können. Ein weiteres Inspektorenteam sei zu Routineüberprüfungen in Iran eingetroffen.



Zu diesen Äußerungen erklärte IAEA-Sprecherin Melissa Flemming in Wien, die Behörde erwarte Mitte Mai einen ausführlichen Bericht der Inspektoren. Erst dann werde man beurteilen können, ob wirklich alle offenen Fragen geklärt seien. IAEA-Generaldirektor Mohammad El Baradei will der nächsten Sitzung des Gouverneursrats im Juni nach Möglichkeit eine klare Einschätzung des iranischen Nuklearprogramms vorlegen. Teheran möchte das Thema indes von der Tagesordnung gestrichen sehen.

Iran begründete die aufgedeckten Spuren angereicherter Urans an Ausrüstungsgegenständen für Kraftwerksanlagen damit, dass das auf dem internationalen Schwarzmarkt erworbene Gerät bereits vor dem Kauf verseucht gewesen sei. Eine Zentrifuge zur hochgradigen Urananreicherung sei lediglich geplant, aber niemals gebaut worden.

Mykonos-Gedenktafel trübt deutsch-iranische Beziehungen

Drei Wochen später als geplant wurde im Berliner Stadtteil Charlottenburg eine Tafel zum Gedenken an vier iranische Oppositionelle, die 1992 im früheren Restaurant „Mykonos“ ermordet wurden, durch die Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf, Monika Thiemen enthüllt. Auf der 50 mal 70 Zentimeter großen Edelstahltafel stehen die Namen der Ermordeten mit dem Zusatz: „Ermordet durch die damaligen Machthaber im Iran. Sie starben im Kampf für Freiheit und Menschenrechte.“

Die Veranstaltung, an der rund fünfhundert zumeist Iranerinnen und Iraner teilnahmen, sollte am 31. März stattfinden. Sie wurde nach offizieller Darstellung wegen der damals in Berlin stattfindenden Afghanistan-Konferenz aus Sicherheitsgründen verschoben. Tatsächlich war die Verzögerung auf die Intervention Teherans zurückzuführen. Zunächst hatte der iranische Botschafter in Berlin vergeblich versucht, Bürgermeisterin Thiemen dazu zu bewegen, in Anbetracht der negativen Folgen, die das Vorhaben für die deutsch-iranischen Beziehungen haben könnte, auf die Aktion zu verzichten. Danach hatte sich der Teheraner Bürgermeister Mahmud Ahmadi Nejad in einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, gewandt und gedroht, sollte der Plan

mit der Gedenktafel verwirklicht werden, werde Teheran im Gegenzug eine Tafel mit den Namen derjenigen Länder aufstellen, die dem einstigen Regime von Saddam Hussein im Irak Technologien zur Herstellung chemischer Waffen geliefert hätten. In der Liste werde Deutschland dann ganz oben stehen. Wowereit lehnte in seinem Antwortschreiben einen Verzicht auf die Tafel ab.

Allerdings wurde nach Konsultationen mit Bund und Land Berlin der Text, der ursprünglich „ermordet durch den iranischen Geheimdienst“ lautete, in „ermordet durch die damaligen Machthaber“ geändert. Der Text stützt sich auf das 1997 durch das Berliner Kammergericht ausgesprochene Urteil, in dem der iranischen Staatsführung die Verantwortung für das Attentat zugewiesen und das Teheraner Regime des Staatsterrorismus gegen Dissidenten bezichtigt wurde. In dem Prozess wurden vier Täter verurteilt, zwei von ihnen erhielten lebenslange Haft.

Bürgermeisterin Thiemen erinnerte bei der Zeremonie an das Entsetzen, das das Attentat weltweit ausgelöst hatte. „Gäste unserer Stadt wurden durch Abgesandte einer Regierung ermordet“ sagte sie. Die Tafel diene dazu, dass dieses Verbrechen niemals vergessen wird. Die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte, Claudia Roth, schrieb in einer Grußbotschaft, die Gedenktafel werde „uns und die Weltöffentlichkeit ermahnen, die Opfer sowie die verbrecherischen Folgen einer menschenverachtenden Politik nicht zu vergessen“.

Teheran protestierte scharf gegen die Enthüllung. Dazu wurde der deutsche Botschafter Paul Freiherr von Maltzahn ins iranische Außenministerium bestellt. Wie die staatliche Nachrichtenagentur IRNA berichtete, wurde dem Botschafter der „harsche Protest“ der Regierung übermittelt. Die Gedenktafel sei „inakzeptabel“, sie schade den bilateralen Beziehungen, habe Vizeaußenminister Ali Ahani erklärt. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes in Berlin habe Maltzahn die deutsche Position bekräftigt und erklärt, dass es sich bei der Errichtung der Tafel um eine kommunale Angelegenheit handele, auf die die Bundesregierung keinen Einfluss habe. Nicht bestätigen wollte das Auswärtige Amt eine Meldung der IRNA, der zufolge von Maltzahn die Anbringung der Tafel als „falschen Schritt“ bezeichnet haben soll.

Laut einem Bericht der studentischen Nachrichtenagentur ISNA hat der Stadtrat von Teheran beschlossen, vor der deutschen Botschaft eine Gedenktafel „für die Opfer von Chemiewaffen“ anbringen zu lassen. Deutschland werde „von unserem Volk verabscheut“, weil es während des Iran-Irak-Krieges (1980-1988) Chemiewaffen an das Nachbarland geliefert habe, sagte ein Ratsmitglied gegenüber der Agentur.

Wenige Tage nach der Enthüllungszereemonie in Berlin ordneten iranische Behörden die Schließung des Deutschen Sprachinstituts in Teheran an. Die Schließung sei damit begründet worden, dass das Institut nicht über die nötige Genehmigung für den Lernbetrieb verfüge, sagte eine Sprecherin der deutschen Botschaft in Teheran. Die Lehranstalt habe 1996 eine Erlaubnis erhalten, die vier Jahre später auslief. Man sei jedoch davon ausgegangen, dass die Genehmigung weiter gelte. Das Institut, das zu den Einrichtungen der deutschen Botschaft gehört, unterrichtet jährlich 3000 Schüler.

Die Anordnung wurde nach einer Woche wieder aufgehoben. Nach Angaben eines Diplomaten dürfe das Institut auf vorläufiger Basis wieder arbeiten. In Kürze solle auch wieder eine definitive Arbeitsgenehmigung erteilt werden.

Deutsche Fußball-Nationalmannschaft am 9. Oktober in Teheran

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft wird am 9. Oktober in Teheran ein Länderspiel gegen Iran bestreiten. Das gab der Präsident des iranischen Fußball-Verbands (FFIR), Mohammad Dadkan, am Ende der Gespräche mit einer Delegation des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) bekannt. DFB-Direktor Bernd Pfaff hatte sich vor Ort über die Gegebenheiten informiert. Ein Teil des Erlöses soll an die Opfer der Erdbebenkatastrophe gehen.

Verein der Opfer von Massenvernichtungswaffen veröffentlicht eine „Schwarze Liste“

Der „Verein der Opfer von Massenvernichtungswaffen“ hat einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, eine Liste der Produzenten von Massenvernichtungswaffen beigelegt. In dieser Liste, die

als „Schwarze Liste der Produzenten des Todes“ bezeichnet wird, sind Namen von Staaten und Unternehmen aufgeführt, die durch ihren Militärhaushalt, Produktion, Verkauf und Kauf von Waffen, Militärhilfen, Teilnahme an internationalen und regionalen Konflikten, Entsendung von Militärkräften ins Ausland sowie durch die Unterstützung von Diktaturen zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen beigetragen haben. Der Verein fordert die UNO sowie die regierungsunabhängigen Organisationen und die unabhängigen Medien auf, sich an einer weltweiten Kampagne gegen „die Verbrecher“ zu beteiligen. Nur so ließe sich der Frieden in der Welt sichern. In der Liste werden der Reihe nach die Namen von folgenden fünfzehn Staaten mit dem im Jahr 2003 höchsten Militärbudget aufgeführt: USA, Russland, China, Japan, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Saudi-Arabien, Italien, Holland, Südkorea, Brasilien, Taiwan, Israel und Spanien. In dem Schreiben an Annan erklärt der Verein die Absicht, zur Unterstützung der Geschädigten die Weltöffentlichkeit durch konkrete Informationen über Produktion und Einsatz von Massenvernichtungswaffen auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen.

Tagung der Parlamentarier irakischer Nachbarstaaten

Parlamentarier aus den sechs Nachbarstaaten Iraks: Iran, Saudi-Arabien, Jordanien, Türkei, Kuwait und Syrien haben sich zu einem zweitägigen Meinungsaustausch über die Situation im Irak in der jordanischen Hauptstadt Amman getroffen. Das Treffen kam auf Initiative der Vereinten Nationen zustande. Der iranische Delegierte Hassan Hashemi erklärte bei dem Treffen, die Islamische Republik Iran habe sich seit der Besetzung Iraks stets für die Herstellung von Ruhe und Frieden in dem Nachbarland Irak eingesetzt. Er forderte die Besatzungsmächte auf, unverzüglich das Land zu verlassen. Das irakische Volk müsse sein verbrieftes Recht erhalten, eine eigene Regierung zu wählen. Bei der Durchführung von Wahlen sollte die Hilfe der UNO und der Nachbarstaaten in Anspruch genommen werden.